



Dezember 2009

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Afghanistan: Unzureichende Informationspolitik ist kein Einzelfall	5
Afghanistan: Größere Mehrheit für schnellen Abzug der Bundeswehr.....	6
Klimaschutz: Hälfte der Deutschen fordert verstärkte Anstrengungen	8
Prinzipiell große Bereitschaft für klimaschonendes Handeln und Kaufverhalten – allerdings nicht beim Autofahren	9
Mäßiges Antrittszeugnis für Schwarz-Gelb	10
Parteikompetenzen: SPD fällt Profilierung in der Opposition schwer	13
Politikerzufriedenheit: Spitzentrio mit Merkel, Guttenberg und Leyen	15
Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb ohne Mehrheit.....	17

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND Dezember 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	30. November bis 01. Dezember 2009 Sonntagsfrage: 30. November bis 02. Dezember 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, Dezember 2009
67.10.105457

Analyse

Zusammenfassung

Eine große Mehrheit der Deutschen hat Zweifel, ob die Bundesregierung umfassend und ehrlich über den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan informiert. Die nicht korrekte Information über den Luftangriff auf zwei Tanklaster Anfang September ist für 77 Prozent kein Einzelfall. Die Zahl derer, die einen möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr aus dem zentralasiatischen Land fordern, ist gestiegen (69 Prozent). Fast jeder Zweite (47 Prozent) erwartet auch, dass die Bundeswehr binnen der nächsten fünf Jahre aus Afghanistan abgezogen wird.

Wenige Tage vor dem Beginn der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen plädiert die Hälfte (50 Prozent) für ein stärkeres Engagement der Bundesregierung beim Klimaschutz. 38 Prozent sind der Meinung, dass der Klimaschutz bereits ernst genug genommen wird. Jeder Zehnte (10 Prozent) meint, dass die deutsche Regierung mit ihren Maßnahmen gegen den Klimawandel übertreibt. Prinzipiell äußern die Bürger eine große Bereitschaft für klimaschonendes Verhalten. Mehr als jeder Zweite (56 Prozent) gibt an, höhere Preise für Strom aus erneuerbaren Energien bezahlen zu wollen. Eine Verteuerung des Autofahrens zugunsten eines niedrigeren CO²-Ausstosses lehnen jedoch drei Viertel (75 Prozent) ab.

Das Antrittszeugnis für Schwarz-Gelb fällt nur mäßig aus. Rund einen Monat nach der Vereidigung des neuen Bundeskabinetts äußert sich lediglich ein Drittel (33 Prozent) zufrieden, 60 Prozent vergeben schlechte Noten. Ernüchterung scheint es auch bei Anhängern der Regierungsparteien zu geben: Während 68 Prozent der Unions-Anhänger zuletzt mit der Großen Koalition zufrieden waren, sind es mit der „Wunschkoalition“ Schwarz-Gelb nur 62 Prozent. Bei den FDP-Anhänger äußern sich nur 53 Prozent positiv.

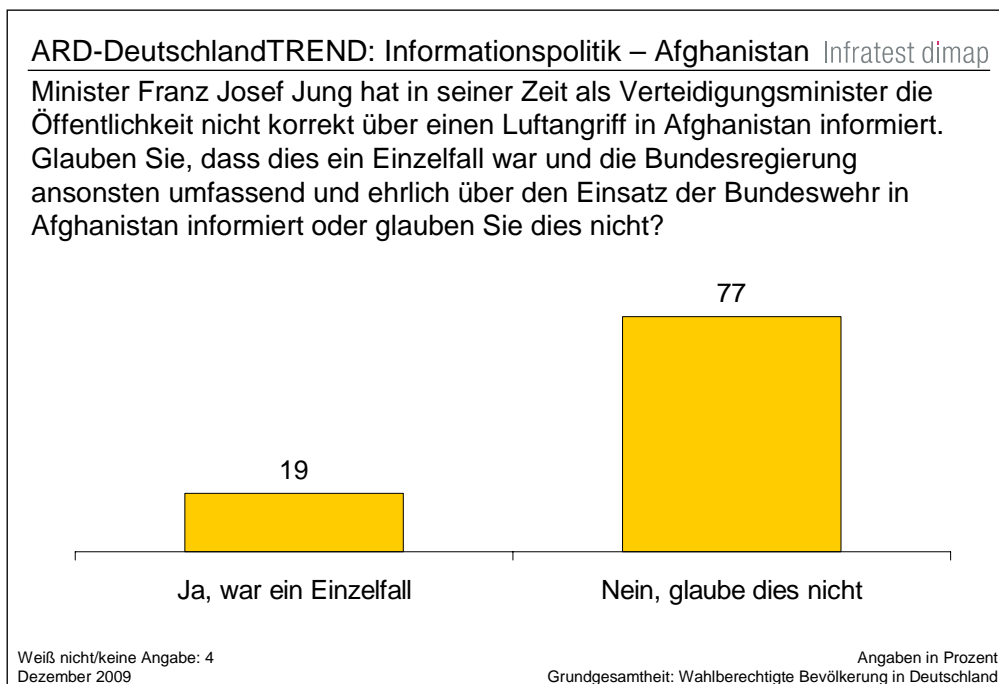
Die SPD muss sich nach ihrer Wahlniederlage ein inhaltliches Profil erst wieder neu erarbeiten, wie die Analyse der Kompetenzzuschreibung zeigt. Die Sozialdemokraten müssen teils massive Kompetenzverluste hinnehmen. Auch ihr Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier muss deutliche Ansehensverluste verkraften: In seiner neuen Rolle als Fraktionsvorsitzender beurteilen ihn 45 Prozent (-19 Punkte im Vergleich zu September) positiv. Die derzeit beliebtesten Spitzenpolitiker sind Kanzlerin Angela Merkel (70 Prozent) sowie die Minister Karl-Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen mit Rekordwerten von 69 bzw. 66 Prozent.

Wäre am nächsten Sonntag erneut Bundestagswahl, käme die Union auf 35 Prozent, die SPD auf 24 Prozent der Stimmen. Die Grünen lägen mit 13 Prozent vor der FDP (12 Prozent) und den Linken (11 Prozent). Union und FDP würden mit diesem Ergebnis nicht über eine Mehrheit verfügen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Dezember, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 30. November bis 02. Dezember 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

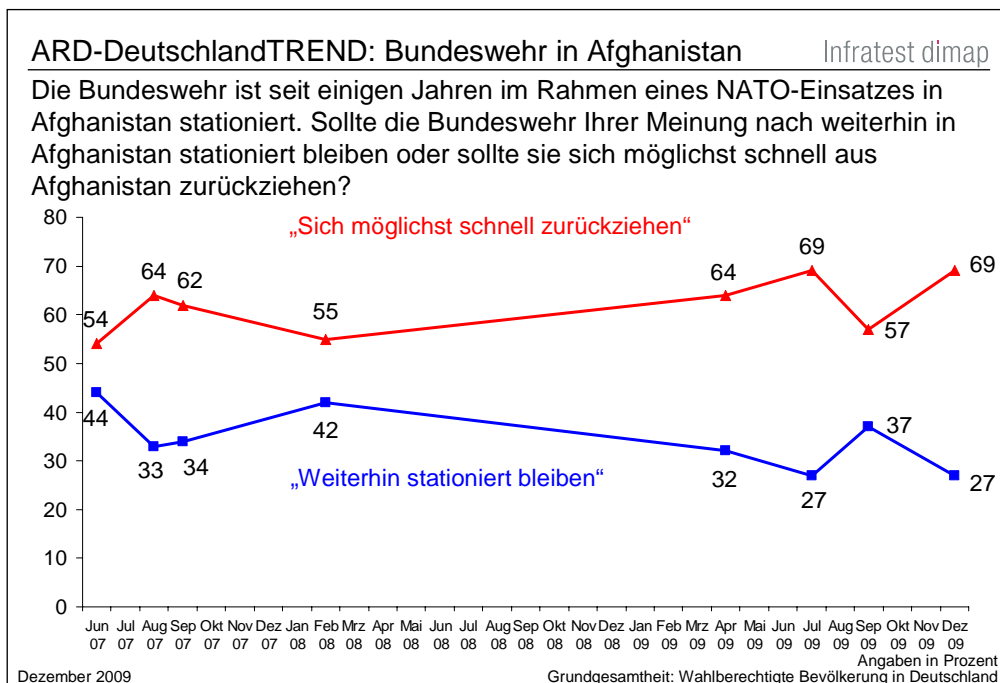
Afghanistan: Unzureichende Informationspolitik ist kein Einzelfall

Das Thema Afghanistan beherrschte in letzter Zeit erneut die Schlagzeilen, nicht zuletzt durch den Rücktritt des ehemaligen Verteidigungsministers Franz-Josef Jung, der wegen der Informationspolitik im Zusammenhang mit dem Luftangriff in Kundus in Bedrängnis geraten war. Seine fragwürdige Informationspolitik ist allerdings nach Meinung einer deutlichen Mehrheit von 77 Prozent der Bevölkerung kein Einzelfall. Lediglich 19 Prozent äußern die Ansicht, die Bundesregierung würde alles in allem umfassend und ehrlich über die Vorgänge in Afghanistan informieren.



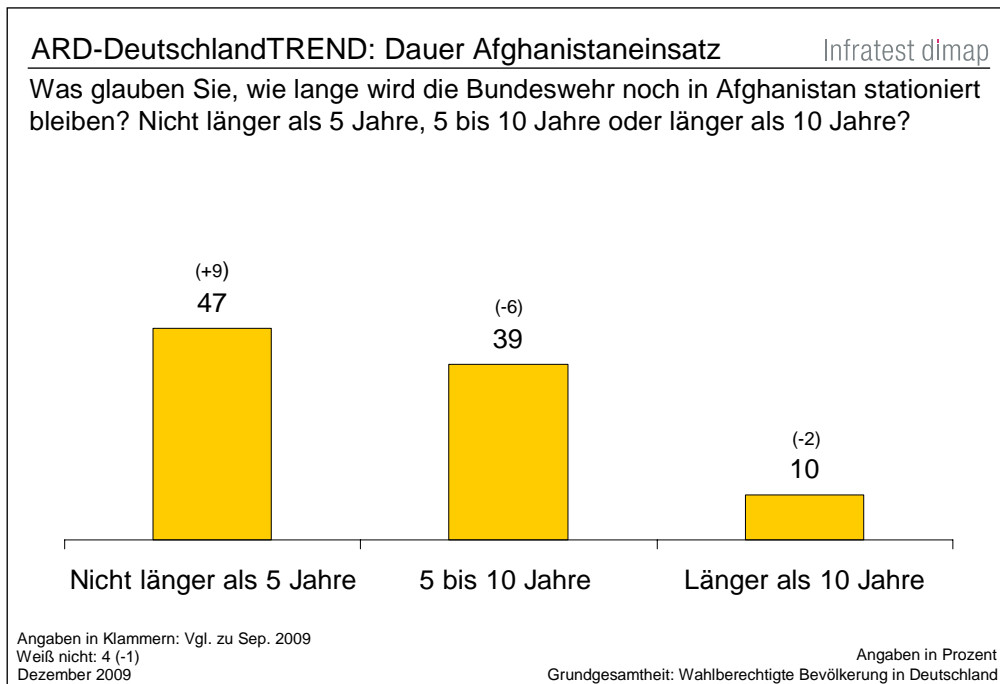
Afghanistan: Größere Mehrheit für schnellen Abzug der Bundeswehr

US-Präsident Obama hat in diesen Tagen eine neue Strategie der NATO angekündigt, die eine deutliche Erhöhung der eigenen Truppenkontingente beinhaltet und dabei auch Forderung an die Partner gerichtet, ebenfalls mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Die Bereitschaft der Bundesbürger, den Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch zu unterstützen, ist derzeit allerdings auf einem historischen Tiefstand angelangt. Sieben von zehn (69 Prozent) von ihnen fordern, die deutschen Streitkräfte sollten sich möglichst schnell aus Afghanistan zurückziehen, während sich lediglich 27 Prozent für eine Fortsetzung des militärischen Engagements aussprechen. Der weitere Verbleib deutscher Soldaten im Land wird dabei parteiübergreifend mit Mehrheit abgelehnt.



Im September 2009 befürworteten noch 37 Prozent die militärische Präsenz der Bundeswehr in Afghanistan. Die aktuellen Werte entsprechen nunmehr wieder exakt dem Ergebnis, das bereits im Juli gemessen wurde und die bis dahin geringste Zustimmung signalisierte.

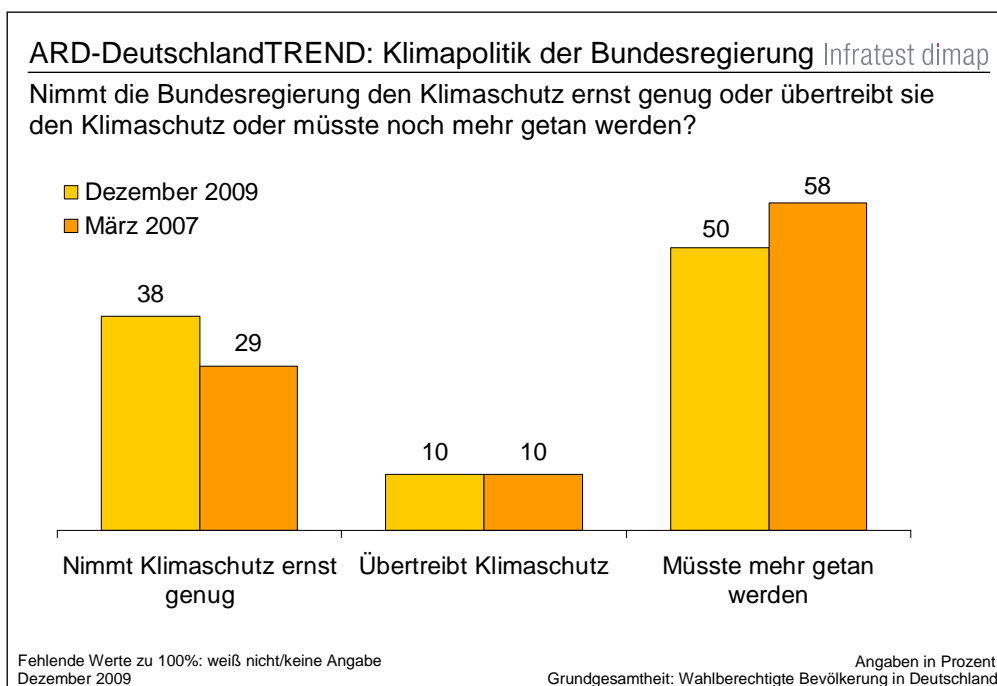
Über die Dauer der Stationierung der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan kann derzeit nur spekuliert werden. Fast die Hälfte der Bürger (47 Prozent) rechnet allerdings damit, dass die deutschen Truppen binnen der nächsten fünf Jahre das Land verlassen werden. An einen Abzug erst in fünf bis zehn Jahren glauben 39 Prozent, während nur 10 Prozent von einer noch längeren Stationierung ausgehen.



Auch an diesem Punkt hat sich in den letzten Monaten eine Verschiebung der Einschätzungen vollzogen. Im September erwarteten noch etwa die Hälfte (45 Prozent), deutsche Soldaten würden noch mehr als fünf Jahre in Afghanistan bleiben.

Klimaschutz: Hälfte der Deutschen fordert verstärkte Anstrengungen

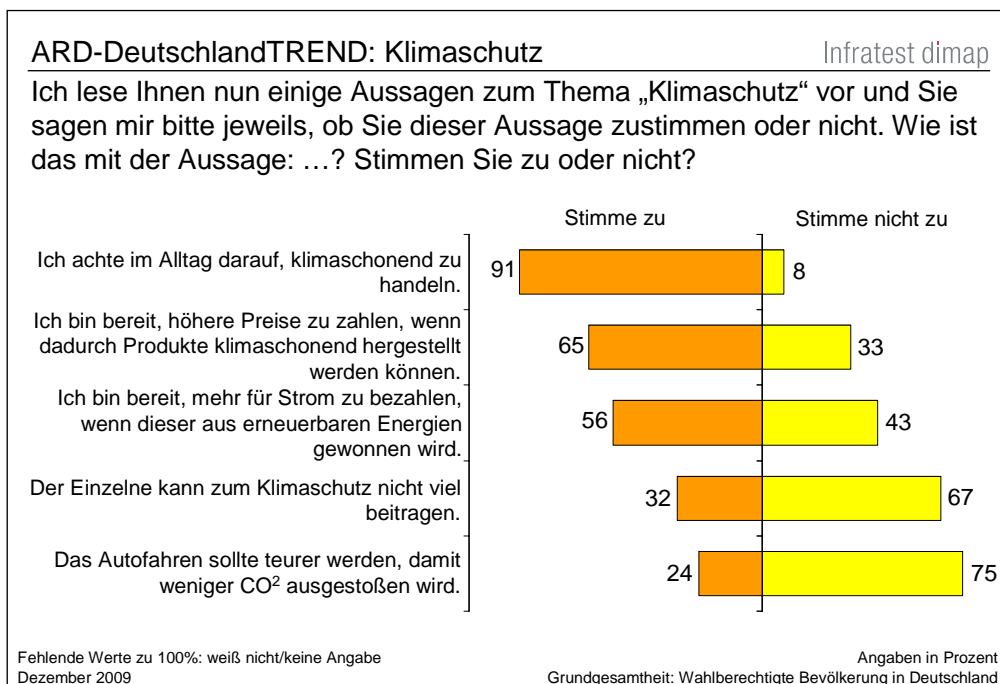
Auf der kommende Woche beginnenden UN-Klimakonferenz in Kopenhagen sollen verbindliche Ziele für die weltweite Reduzierung der Treibhausgase vereinbart werden. Jeder zweite Bundesbürger gibt der deutschen Regierung dabei mit auf den Weg, sich auf diesem Gebiet künftig stärker zu engagieren und noch mehr für den Klimaschutz zu tun. Eine geringere Zahl von 38 Prozent attestiert der Bundesregierung, sie würde das Thema ernst genug nehmen. Lediglich 10 Prozent sind der Auffassung, die deutsche Politik würde es mit dem Klimaschutz übertreiben.



Die Bevölkerung sieht dabei in zunehmendem Maße ernsthafte Bemühungen auf Seiten der Politik. Im März 2007 gestanden ihr weniger Bürger (29 Prozent) als derzeit zu, genug für den Klimaschutz zu unternehmen.

Prinzipiell große Bereitschaft für klimaschonendes Handeln und Kaufverhalten – allerdings nicht beim Autofahren

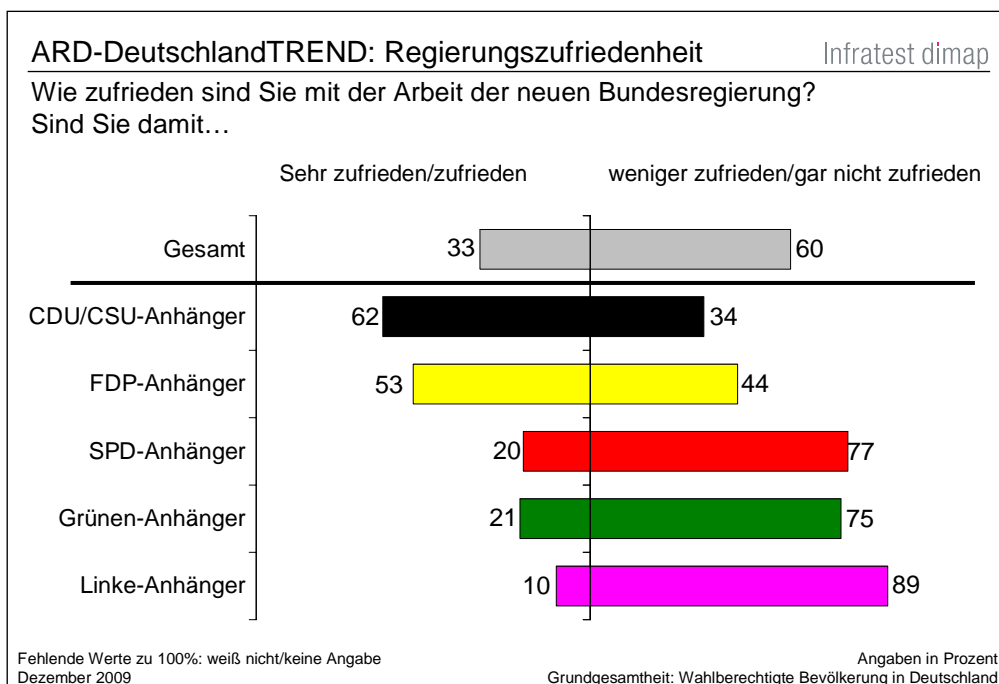
In der Diskussion um den Klimaschutz wird immer betont, dass es auch Sache jedes Einzelnen sei, seinen Beitrag zu leisten. Jeder Dritte (32 Prozent) im Land vermutet allerdings, dass die Bürger zum Schutz des Klimas insgesamt nicht viel beitragen können. Dennoch bekennen sich fast alle Deutschen dazu, im Alltag auf ein klimaschonendes Verhalten zu achten (91 Prozent).



Zumindest nach eigenem Bekunden sind die Deutschen bereit, zugunsten des Klimaschutzes tiefer in die Tasche zu greifen: Zwei Drittel (65 Prozent) signalisieren ihre Bereitschaft, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, wenn diese klimaschonend hergestellt werden. Ebenfalls eine Mehrheit von 56 Prozent würde höhere Strompreise hinnehmen, wenn damit die erneuerbaren Energien gefördert werden. An einem Punkt wollen die Bundesbürger allerdings nicht mitmachen: Lediglich 24 Prozent stimmen der Ansicht zu, das Autofahren sollte teurer werden, damit weniger CO² ausgestoßen wird, 75 Prozent lehnen eine derartige Strategie ab.

Mäßiges Antrittszeugnis für Schwarz-Gelb

Rund einen Monat nach der Vereidigung der neuen Bundesminister und wenige Tage nach der ersten Kabinettsumbildung stellen die Deutschen dem schwarz-gelben Bündnis nur ein mäßiges Zeugnis aus. Lediglich ein Drittel der Deutschen äußert sich über dessen Arbeit sehr zufrieden (2 Prozent) bzw. zufrieden (31 Prozent). Eine Mehrheit von 60 Prozent ist hingegen weniger (43 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (17 Prozent) mit dem Start von Schwarz-Gelb.

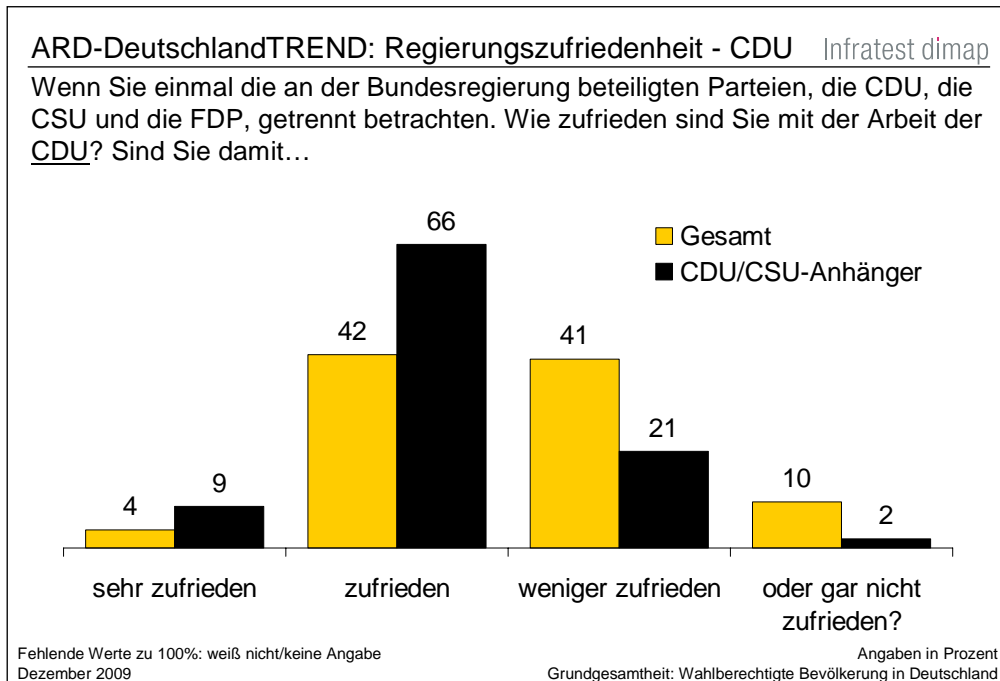


Während sich die Anhänger der Regierungsparteien mehrheitlich positiv über die Koalition äußern, betrachten die Anhänger der Oppositionsparteien sie naturgemäß mit großer Skepsis.

Ernüchterung scheint es aber auch bei den Regierungsanhängern selbst zu geben: Während 68 Prozent der Unions-Anhänger mit der Großen Koalition kurz vor ihrer Ablösung zufrieden waren, äußern sich aktuell nur 62 Prozent über ihre „Wunschkoalition“ wohlwollend. Ebenso bemerkenswert ist, dass nur 53 Prozent der FDP-Anhänger das Bündnis mit ihrem „Lieblingspartner“ positiv beurteilen.

Im Vergleich zu früheren „kleinen“ Koalitionen bewerten die Bürger die ersten Wochen des Union/FDP-Bündnisses nur geringfügig besser. Die rot-grüne Koalition bekam kurz nach der Regierungsübernahme 1998 nur von 30 Prozent gute Noten, vier Jahre später waren es ebenfalls nur drei von zehn (29 Prozent).

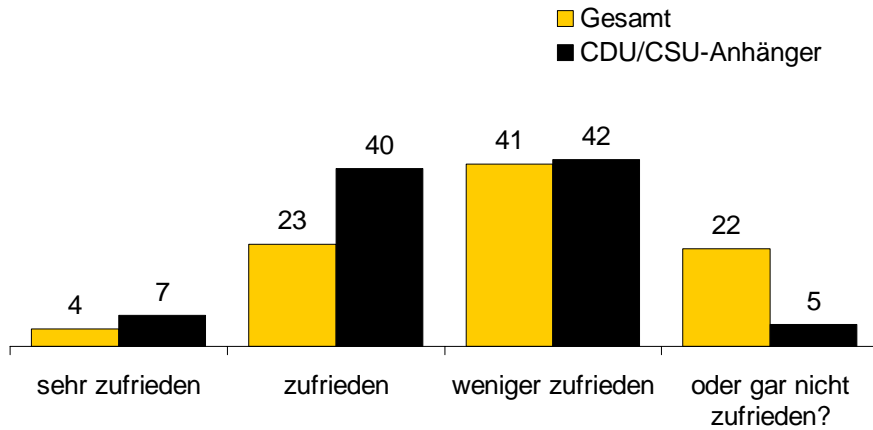
Die Bewertung der drei Regierungsparteien weist deutliche Unterschiede auf. Die Arbeit der CDU bewerten 46 Prozent aller Deutschen positiv. 34 Prozent bescheinigen den Liberalen einen guten Start in die Amtsperiode. Die Liberalen schneiden damit deutlich besser als die CSU, die bundesweit nur bei 27 Prozent positive Resonanz findet. In Bayern allerdings ist das Meinungsbild deutlich wohlwollender: 49 Prozent der Bürger im Freistaat sind zufrieden mit den Christsozialen.



Das Meinungsbild zu den Koalitionären ist auch aus Sicht der jeweiligen Anhängerschaft differenziert. Drei Viertel der Unions-Anhänger (75 Prozent) haben ein positives Bild von der CDU in der Bundesregierung, nur jeder Zweite von ihnen (47 Prozent) vergibt gute Noten an die CSU. Allerdings ist das Ansehen der bayerischen Unions-Partei bei ihren Anhängern im Freistaat deutlich größer (71 Prozent). Bei den FDP-Anhängern sind acht von zehn (80 Prozent) mit ihrer Partei zufrieden.

ARD-DeutschlandTREND: Regierungszufriedenheit - CSU Infratest dimap

Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der CSU? Sind Sie damit...

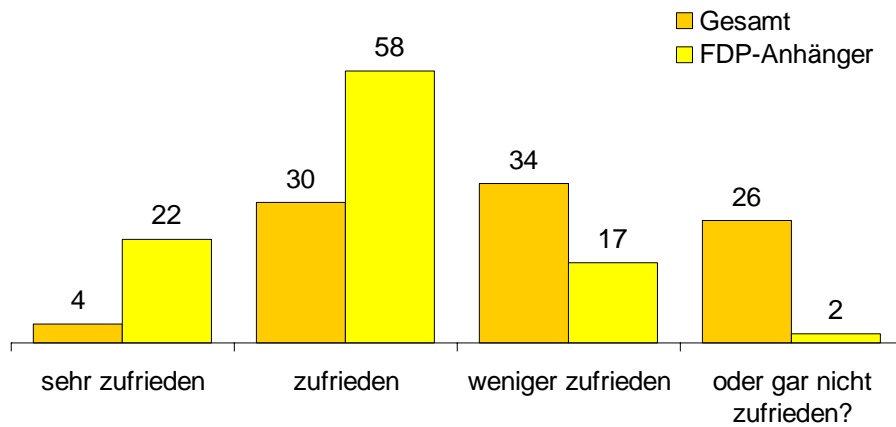


Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Dezember 2009

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

ARD-DeutschlandTREND: Regierungszufriedenheit - FDP Infratest dimap

Und wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der FDP? Sind Sie damit...



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Dezember 2009

Angaben in Prozent
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Parteikompetenzen: SPD fällt Profilierung in der Opposition schwer

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl haben sich die Parteien personell und inhaltlich sortiert: Während sich auf Regierungsseite die neuen Ministerinnen und Minister in ihre Fachthemen einarbeiten, bringen sich SPD, Linke und Grüne in der Opposition in Stellung. Inhaltlich fällt vor allem der **SPD** in ihrer neuen Rolle als Oppositionspartei eine Profilierung zum jetzigen Zeitpunkt offenbar schwer: Im Urteil der Bürger muss sie nach dem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung teils massive Kompetenzverluste hinnehmen. Zwar bescheinigen aktuell 31 Prozent der SPD, sich am stärksten um soziale Gerechtigkeit zu bemühen - vor der Bundestagswahl waren es jedoch noch 44 Prozent. Etwa genauso viele (30 Prozent) schreiben der SPD die Fähigkeit zu, sich um die Sorgen der kleinen Leute zu kümmern. Die Sozialdemokraten müssen sich ihr inhaltliches Profil in der Opposition offensichtlich wieder neu erarbeiten.

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen		Infratest dimap				
Parteikompetenzen I						
Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen	45 (-2)	14 (-7)	11 (-3)	3 (+/-0)	2 (+/-0)	24 (+12)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	35 (-2)	21 (-10)	7 (-2)	5 (+/-0)	4 (+1)	26 (+11)
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben*	38 (-6)	26 (-4)	9 (+5)	2 (+/-0)	4 (+1)	20 (+4)
Eine gute Bildungspolitik betreiben	31 (+2)	23 (-9)	10 (-3)	7 (+/-0)	9 (+1)	18 (+8)
Eine gute Gesundheitspolitik betreiben	30 (+1)	22 (-8)	8 (-2)	6 (+/-0)	9 (+2)	24 (+7)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Sep. 2009, * Vgl. zu Okt. 07
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Im Vergleich zur hoch politisierten Endphase des Bundestagswahlkampfes im September ist durchweg der Anteil derer angestiegen, die keiner der politischen Parteien die Lösung der verschiedenen politischen Aufgaben zutrauen. Dies gilt besonders stark für die Themen Wirtschaft und Arbeit. Darüber hinaus sorgt offenbar die anhaltende Debatte in der Regierungskoalition um die ungeklärte Steuerpolitik dafür, dass das Vertrauen der Bürger in die steuerpolitische Kompetenz der Parteien insgesamt nachlässt: Derzeit können oder wollen 30 Prozent (+16 Punkte) keine Partei benennen, die eine gute Steuerpolitik betreibt. Während hier die Union im Vergleich zum September nur leichte Verluste hinnehmen muss (26 Prozent, -2), büsst die FDP deutlicher an steuerpolitischer Kompetenzzuschreibung ein. Allerdings sehen immer noch beachtliche 15 Prozent (-4) die Liberalen als kompetenteste Steuer-Partei an.

Die **Union** hat ihre Kompetenzschwerpunkte trotz Verlusten nach wie vor in der Wirtschafts- (45 Prozent, -2) und Arbeitsmarktpolitik (35 Prozent, -2), sowie in der Außenpolitik (38 Prozent). Auch in der Bildungs- (31 Prozent) und Gesundheitspolitik wird der CDU/CSU am meisten zugetraut (30 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen		Infratest dimap				
Parteikompetenzen II						
Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Eine gute Steuerpolitik betreiben	26 (-2)	20 (-9)	15 (-4)	5 (-1)	3 (+/-0)	30 (+16)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	23 (+4)	31 (-13)	7 (-1)	13 (-2)	6 (+1)	18 (+9)
Den Klimawandel bekämpfen**	17 (-2)	5 (-5)	2 (+/-0)	1 (+/-0)	57 (+3)	17 (+4)
Sich um die Sorgen der kleinen Leute kümmern***	15 (+1)	30 (-2)	8 (+1)	16 (-1)	5 (-4)	24 (+3)
Die wichtigste Probleme in Deutschland lösen	38 (-2)	16 (-7)	4 (-1)	4 (-1)	4 (+/-0)	33 (+14)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Sep. 2009, ** Vgl. zu Jun 09, *** Vgl. zu Dez. 08
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

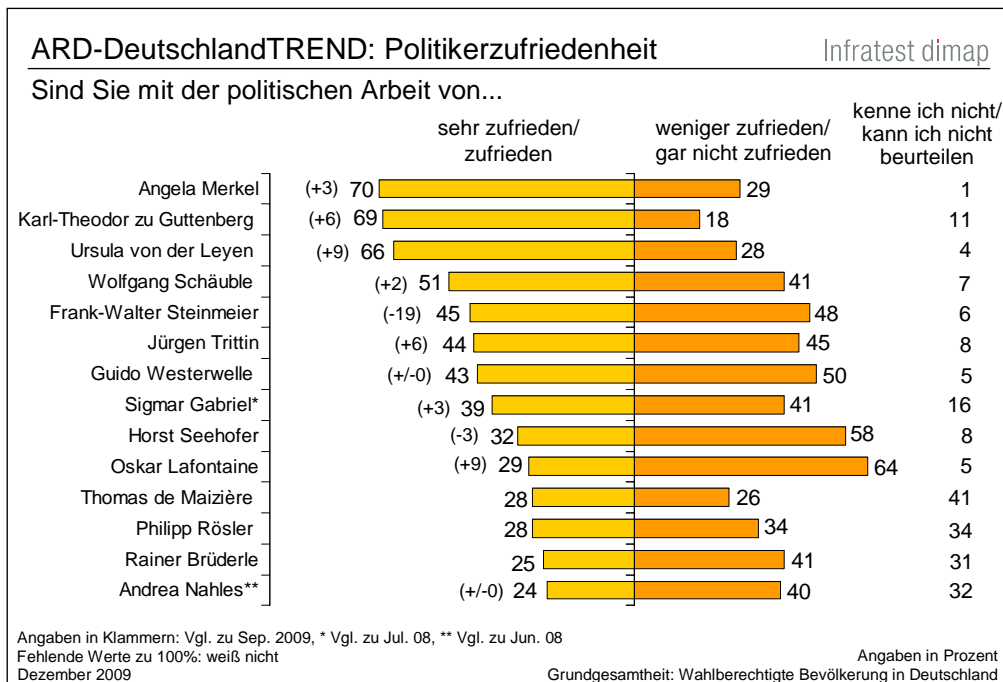
Der **FDP** hat die Übernahme der Ministerien für Wirtschaft (11 Prozent, -3) und Gesundheit (8 Prozent, -2) noch nicht zu stärkerer Profilierung in diesen Politikbereichen verholten. Ob dies Ausdruck von Ernüchterung bei den Bürgern ist, weil die Wahlkampfversprechen nun in politisches Handeln umgesetzt werden müssen, bleibt abzuwarten. Auf dem Feld der Außenpolitik wird ihr mehr zugetraut als in der Mitte der letzten Legislaturperiode (9 Prozent).

Die Kompetenzprofile der beiden kleineren Oppositionsparteien sind weitgehend stabil. Fragen des sozialen Ausgleichs sind nach wie vor Kompetenzschwerpunkte der **Linken**, während die **Grünen** vorrangig bei der Bekämpfung des Klimawandels punkten können.

In der **summarischen Bewertung**, welche Partei die wichtigsten Probleme des Landes insgesamt am ehesten lösen kann, schneidet die Union trotz leichter Verluste (38 Prozent, -2) nach wie vor mit Abstand am besten ab. Die SPD sehen hier nur noch 16 Prozent vorne, ein Minus von 7 Punkten. Eine starke Minderheit von 33 Prozent (+14) traut derzeit keiner der Parteien zu, die zentralen politischen Aufgaben in Deutschland wirkungsvoll anzugehen.

Politikerzufriedenheit: Spitzentrio mit Merkel, Guttenberg und Leyen

Die Liste der beliebtesten Politiker Deutschlands wird wenige Wochen nach der Bundestagswahl von einem Spitzentrio aus Angela Merkel, Karl-Theodor zu Guttenberg und Ursula von der Leyen angeführt. Die Bundeskanzlerin bekommt die beste Bewertung von der Bevölkerung zugesprochen: Mit ihrer Arbeit sind 70 Prozent der Bürger zufrieden, ein Plus von 3 Punkten im Vergleich zu Mitte September. Nahezu gleichauf folgt der jetzige Verteidigungsminister mit 69 Prozent (+6). Ihm kann die Diskussion um den von einem Bundeswehr-Oberst angeordneten NATO-Luftangriff in Afghanistan offenbar nichts anhaben, erzielt er doch seinen besten Wert im ARD-DeutschlandTREND. An dritter Stelle rangiert die erst vor wenigen Tagen vom Familien- in das Arbeitsministerium gewechselte von der Leyen mit 66 Prozent (+9). Auch für sie bedeutet dies einen Rekordwert.

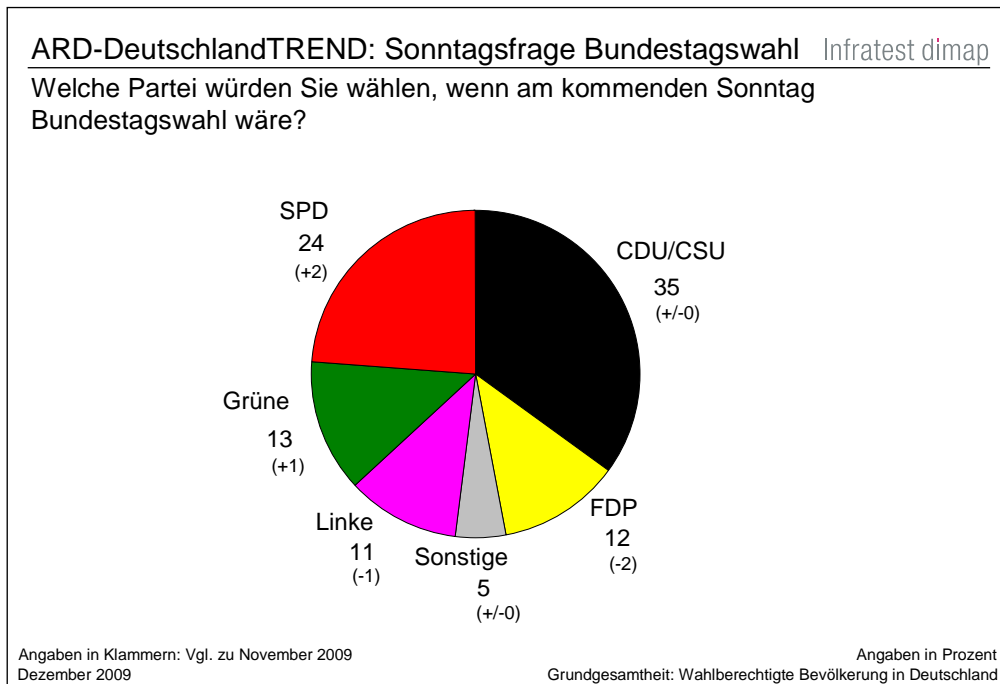


Auch der jetzige Finanzminister Wolfgang Schäuble, mit dessen Arbeit sich 51 Prozent (+2) einverstanden zeigen, vermag leicht zuzulegen. Sein Kabinettskollege im Auswärtigen Amt, Guido Westerwelle, bekommt wie vor der Wahl von 43 Prozent gute Noten. Am unteren Ende der Zufriedenheitsskala stehen die Neulinge im Berliner Kabinett, die allerdings vielen Bürgern noch zu wenig bekannt sind, um ein Urteil abgeben zu können. Bei Innenminister Thomas de Maizière halten sich positive und negative Meinungen die Waage (28:26 Prozent). Bei Gesundheitsminister Philipp Rösler (28:34 Prozent) und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (25:41 Prozent) überwiegen hingegen die skeptischen Stimmen deutlich gegenüber den wohlwollenden Bewertungen. Mit der Arbeit des CSU-Chefs Horst Seehofer erklären sich 32 Prozent einverstanden, fast doppelt so viele sehen den Bayern kritisch (58 Prozent).

Die ersten Oppositionspolitiker sind auf den mittleren Plätzen der Rangliste zu finden. Der Wechsel vom Amt des Außenministers zum Fraktionsvorsitzenden der SPD hat für Frank-Walter Steinmeier mit Blick auf seine Popularitätswerte massive Folgen: Wurden seine Leistungen als Chef des Auswärtigen Amtes noch von zwei Dritteln der Bevölkerung anerkannt, so muss er sich jetzt mit einem Zufriedenheitswert von 45 Prozent begnügen. Er liegt damit knapp vor seinem Kollegen von den Grünen, Jürgen Trittin, der mit 44 Prozent Zustimmung ebenfalls einen Rekordwert im DeutschlandTREND erzielt. Es folgt der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel mit 39 Prozent. Der zur Zeit erkrankte Vorsitzende der Linken, Oskar Lafontaine, erreicht einen Zufriedenheitswert von 29 Prozent (+6). Dies ist sein bester Wert seit seinem Rücktritt als Finanzminister Anfang 1999. Den letzten Platz nimmt die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles ein, die von 24 Prozent positiv bewertet wird.

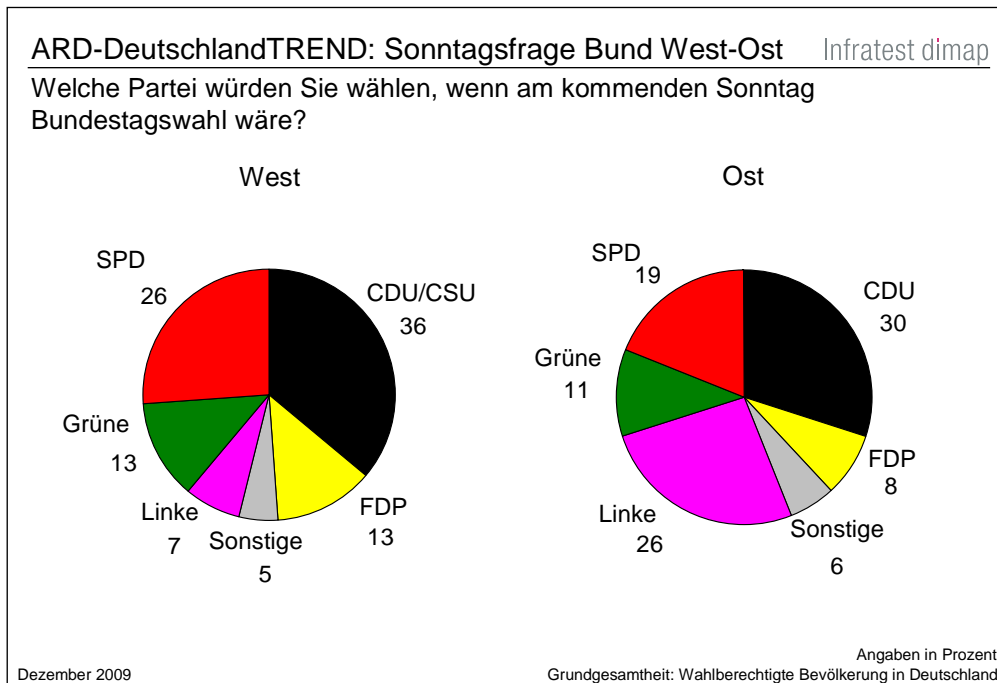
Sonntagsfrage: Schwarz-Gelb ohne Mehrheit

Wäre am nächsten Sonntag erneut Bundestagswahl, käme die Union wie im Vormonat auf 35 Prozent der Stimmen. Die SPD würde 24 Prozent erreichen, ein Plus von 2 Punkten. Die Grünen lägen mit einem Wähleranteil von 13 Prozent (+1) vor der FDP (12 Prozent, -2) und den Linken (11 Prozent, -1). Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 5 Prozent der Wählervoten.



In der politischen Stimmung nach der Bundestagswahl hat eine Kräfteverschiebung innerhalb des bürgerlichen Lagers stattgefunden: Die FDP musste zugunsten der Union abgeben. Anders als bei der Wahl am 27. September hätte ein schwarz-gelbes Bündnis mit diesem Ergebnis keine Mehrheit.

In den **alten Bundesländern** käme die Union auf 36 Prozent, die SPD auf einen Wähleranteil von 26 Prozent. FDP und Grüne liegen gleichauf mit jeweils 13 Prozent. Die Linke erreicht im Westen derzeit 7 Prozent der Stimmen.



In den **neuen Bundesländern** ist die CDU mit 30 Prozent nach wie vor stärkste Partei vor der Linken (26 Prozent). Mit deutlichem Abstand folgt die SPD (19 Prozent). Die Grünen können sich mit 11 Prozent der Stimmen vor den Liberalen (8 Prozent) platzieren.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.